Aus den Löchern

Entpuppt sich die Abhör-Affäre um den CSU-Vorsitzenden Strauß als bayrisches Intrigen-Theater?

Franz Josef Strauß versuchte, eine Fälschung durch eine Täuschung nachzuweisen.

Auf einer Pressekonferenz am vorletzten Wochenende im heimatlichen Rottach-Egern am Tegernsee machte er den Journalisten weis, das der „Süddeutschen Zeitung" zugespielte Protokoll eines illegal abgehörten Telphongesprächs zwischen ihm und dem jetzigen Chefredakteur des „Bayernkurier", Wilfried Scharnagl, sei an entscheidender Stelle manipuliert.

Als er am 28. September 1976 mit Scharnagl telephoniert habe, so erzählte der CSU-Vorsitzende, sei er der Meinung gewesen, persönliche Akten aus seiner Zeit als Verteidigungsminister seien nach seinem Ausscheiden aus der Bundesregierung in einem Raum der Dresdner Bank im Bonner Tulpenfeld deponiert worden — darunter auch jene Akten, in denen vor der letzten Bundestagswahl Belege für den Vorwurf vermutet wurden, Strauß habe von der US-Flugzeugfirma Lockheed Schmiergelder für die „Starfighter"-Käufe der Bundeswehr erhalten.

In Wirklichkeit aber, so Strauß vor der Presse weiter, hätten diese Unterlagen entgegen seiner damaligen Annahme niemals in der Bank gelegen. Ein amtlicher Registrator habe die Akten vielmehr sortiert, einen Teil davon vernichtet, einen anderen im Büro des damaligen Strauß-Referenten und heutigen CSU-Bundestagsabgeordneten Friedrich Voss ablegen lassen.

Das alles, beteuerte Strauß, habe er erst nach dem 28. September 1976 erfahren. Und deshalb habe er in dem abgehörten Telephonat mit Scharnagl auch fälschlich erklärt: „Die Akten liegen . . . in einem Büroraum der Dresdner Bank."

Vor den Journalisten triumphierte der CSU-Vorsitzende sodann, der anonyme Mitschneider sei ein Opfer dieses Irrtums geworden. Denn das fragliche Zitat habe er in die angeblichen Strauß-Worte umgefälscht: „Ich war in den Räumen der Dresdner Bank, habe die Akten durchgesehen, habe sie gelüftet, habe einen Posten mit ‚L', Lockheed, herausgenommen."

Wo aber keine Akten seien, so Strauß mit zwingender Logik, könne er auch nicht darin geblättert haben — womit der Lauscher eindeutig als Fälscher entlarvt sei.

Was die Journalisten in Rottach nicht wußten, weil ihnen der Wortlaut des Protokolls vorenthalten wurde: Die angeblich gefälschte Passage ist in der Niederschrift des abgehörten Gesprächs so nicht enthalten.

Keine Rede auch von einem Strauß-Besuch in der Dresdner Bank. Es heißt dort lediglich: „Ich selbst habe nunmehr nach 16½ Jahren aus dem Archiv die Akten angesehen und alles, was die nicht sehen dürfen, gelüftet. Die persönliche Post mit L. ist entfernt. Sollten die dahinterkommen?"

Damit bleibt offen, ob und wo Strauß die Akten gesehen hat. Keineswegs aber ist die Fälschung der Strauß belastenden Passage, wie der Bayer glauben machen wollte, bewiesen. Und keineswegs sicher scheint damit auch, daß die Strauß-Rechnung aufgeht, im Jahr seiner Wahl zum bayrischen Ministerpräsidenten würden die Untersuchungsgremien von Regierung und Parlament ihn endgültig in Sachen Lockheed rehabilitieren.

Schon bei der Beratung am vorletzten Sonntag im Kanzleramt konnten die ersten Strauß-Vorwürfe entkräftet werden, die Bundesregierung selber stecke hinter der illegalen Abhöraktion. Die Chefs der drei Geheimdienste berichteten übereinstimmend, nach ihren Unterlagen habe keine ihrer Behörden eine Abhöraktion gegen Strauß in Gang gesetzt, wie sie nach Grundgesetz Artikel zehn in bestimmten Fällen erlaubt ist.

Eine solche Lausch-Operation könne kein Dienst unternehmen, so argumentierten die Geheimdienstler, „ohne Spuren zu hinterlassen". Eine G-10-Anordnung müsse ein ranghoher Beamter abzeichnen, die Post werde nur aufgrund solcher schriftlichen Aufforderung tätig und halte den Vorgang selber noch einmal in ihren Unterlagen fest. „Diese Spuren sind nicht ohne ein großes Komplott aller Beteiligten zu beseitigen", erläuterte ein Staatssekretär.

Auch die von der CSU nachgeschobene Version, die Sozialliberalen hätten sich freier Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) bedient, tat ein Mitglied der Sonntagsrunde als „Unfug" ab. Der BND setze zwar bisweilen freie Mitarbeiter zur Observation ein, niemals aber vergebe er Abhör-Aufträge an Außenstehende.

Post-Staatssekretär Dietrich Elias erklärte auch eine dritte Bayern-Spekulation für dubios: Es sei kaum möglich, daß einer der Post-Beamten, die im Auftrag der Geheimdienste legal lauschen, auf eigene Faust bei Strauß mitgehört habe. Denn in den Abhörzellen der Fernmeldeämter säßen stets mehrere Bedienstete zusammen; einer von ihnen könne kaum ein Tonband mitlaufen lassen, ohne daß seine Kollegen das bemerkten.

lz, München

„. . . Nein, wer abgehört hat, wissen wir noch nicht, aber für ein Fahndungsphoto haben wir uns entschieden!"

Gleichwohl versuchte der Bonner CSU-Landesgruppenchef Friedrich Zimmermann in der Bundestagsdebatte am Donnerstag letzter Woche, durch neue Anschuldigungen den alten Verdacht zu nähren, die Bundesregierung habe sich illegal während des Wahlkampfes 1976 Munition für ihre Lockheed-Kampagne beschaffen wollen.

Dem Kanzleramtsstaatssekretär Manfred Schüler hielt Zimmermann vor, er habe in vertraulichem Zirkel zurückgenommen, was die Regierung zuvor öffentlich behauptete — daß die mit dem G-10-Stempel versehenen Formulare des Strauß-Scharnagl-Protokolls seit 1974 nicht mehr im Amtsverkehr gebraucht würden.

Doch Zimmermann hatte Pech: Sein Gewährsmann aus dem Schüler-Kränz-

chen hatte ungenau berichtet. Die Formblätter wurden nach 1974 nicht mehr für Wortprotokolle und Einzelmeldungen benützt, so hatte Schüler in Wahrheit erläutert, sondern nur noch für Zusammenfassungen.

Von der angeblichen Verschwörung der Sozialliberalen gegen Strauß bleibt danach nur wenig übrig.

Wer aber könnte gelauscht haben, wenn weder in- noch ausländische Dienste, wenn auch kein Privatmann, wie aller Wahrscheinlichkeit nach im Abhörfall Kohl/Biedenkopf zwei Jahre zuvor, am Werk waren? Dann könnte sich die Affäre sehr leicht zu einem neuen Akt in einer alten bayrischen Intrigen-Posse entwickeln.

Schon versuchen Bonner Regenten denn auch, den Spieß umzudrehen. Sie verweisen darauf, daß geschaßte Mitglieder der CSU-Seilschaft im Bundesnachrichtendienst ohne allzu große Schwierigkeiten über ihre alten Verbindungen die G-10-Formulare beschafft haben könnten.

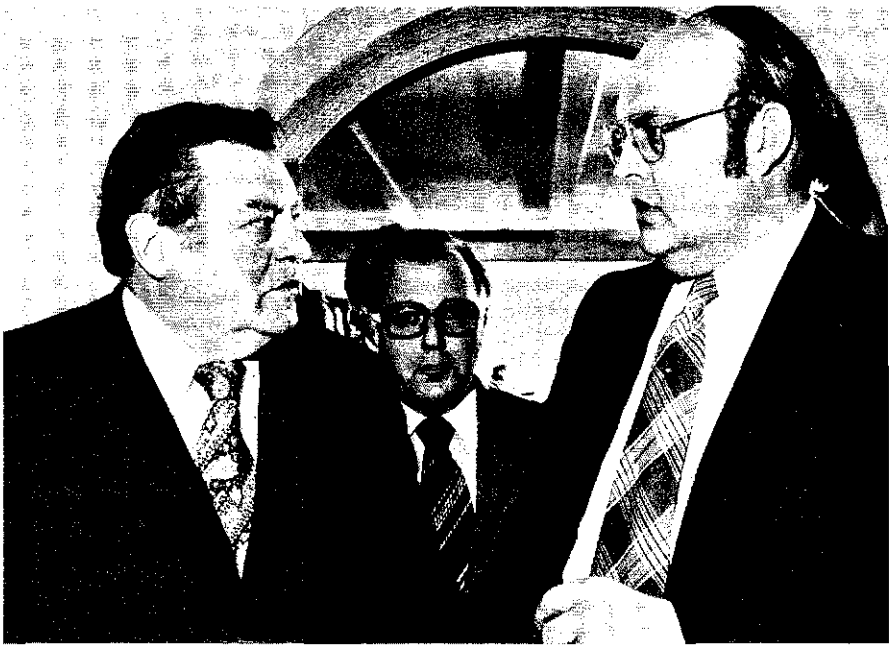
Und warum auch, spekulieren sie, könnte die Niederschrift nicht Abfallprodukt eines Einsatzes bayrischer Verfassungsschützer sein? Daß diese durchaus zu allerlei fähig sind, hatten sie schon Ende 1976 bewiesen, als sie ausgerechnet gegen Strauß und seine Freunde „wegen Verdachts illegaler Ostkontakte" ermittelten.

„Mitten im Kreuther Gewühl" (so ein Eingeweihter), in dem Strauß mit seinen Sezessionsabsichten erfolglos untergegangen war, tauchten beim Passauer Finanzamt zwei Verfassungsschutzbeamte namens Pache und Lemmel auf.

Die beiden Observateure begehrten Einblick in den Steuerakt von Dr. med. Eduard Zwick, eines reichen Sanatoriumbesitzers aus dem nahen Bad Füssing. Es gehe um den Fall „Dr. Strauß", so gaben die Beamten vor, sowie um „Ostkontakte" und um „Schwarzgeld im Osten".

Der Doktor Zwick, der seinen Wohlstand nach seiner Rückkehr als Tropenarzt auf Sumatra 1964 hauptsächlich aus Bayerns heißester Thermalquelle (56 Grad Celsius) schöpft, hat unter seinen alteingesessenen Rivalen an der Füssinger Quelle viele Neider — allen voran Alfons Haßfurter, den Besitzer der mit 50 Sekunden-Litern mächtigsten Quelle.

Voller Grimm schwärzte Haßfurter den Konkurrenten Zwick unter anderem in Briefen an Franz Josef Strauß ohne konkrete Belege als einen „Mann von dunkler Herkunft und zweifelhafter Vergangenheit" an.



Abhöropfer Strauß, Schamagl: Den Lauscher als Fälscher entlarvt?

Doch Strauß ließ sich nicht beirren. Er kehrte in Zwicks Sanatorium zu Blitzbesuchen mit „dreistündiger Untersuchung und einer vierstündigen Kur" (Strauß) ein, feierte Erweiterungsbauten von Zwicks Sanatorium mit Rückert-Gedichten und Sentenzen des altgriechischen Philosophen Demokrit und lieh sich für seine Dienstreisen auch mal das Privatflugzeug des Arztes.

Um den Strauß-Freund zu observieren, hätten sich die beiden Verfassungsschützer nicht nach Passau bemühen müssen. Denn wenn nicht in der Nähe von Strauß, so sieht man Zwick doch öfter zusammen mit so bedeutenden CSU-Führern wie Generalsekretär Gerold Tandler oder dem bayrischen Innen-Staatssekretär Erich Kiesl.

Bei solch gewichtigen Freundschaften mußte die Passauer Verfassungsschutz-Operation (Aktenzeichen: IZ 2 — 1561 — 3/9) schon in ihren Anfängen zusammenbrechen — aus welchen Gründen sie auch immer gestartet worden sein mag. Zwick, der nicht ausfindig machen konnte, „wer den Stein ins Rollen gebracht hat", erhielt ein förmliches Entschuldigungsschreiben des damals amtierenden Innenministers Bruno Merk.

In der Strauß-Umgebung wurde die Aktion als „Putschversuch" bewertet. Nach Kreuth seien „die Ratten aus den Löchern" gekrochen und hätten es an der Zeit gefunden, „Strauß an den Zehen zu knabbern".

Doch da scheint der CSU-Chef empfindlich zu sein: Den verantwortlichen Beamten im bayrischen Verfassungsschutzamt stauchte er derart zusammen, daß dieser — „in der ersten Erregung" — anbot, zur Pistole zu greifen.

Doch er lebt noch — und möchte heute möglichst „nicht einen Tatbestand wieder hervorholen, bei dem Null herausgekommen ist".

Daß bei seinem Abhörfall mehr herauskommt, glaubt auch der große Vorsitzende aus dem Süden nicht. Des Bayern folkloristische Einlage vor der Presse in Rottach: Wenn keine Bundesdienststelle mitgeschnitten habe — „war es das Gewerbesteueramt der Stadt München? War es das Büro meines katholischen Pfarramtes in München? War es das Flurbereinigungsamt München Land? War es das Landesamt für Gewässerkunde?"

Oder waren es gar übereifrige Freunde oder heimliche Feinde im „Bayernkurier"?

RENTEN

Den Bach runter

Das Rentendebakel schwelt weiter in der Koalition. Eine Lösung, wie das drohende 20-Milliarden-Mark-Defizit aufgefangen werden kann, ist nicht in Sicht.

In vertraulichem Gespräch wollte sich der Kanzler und ein kleiner Kreis ausgewählter Minister in der vorletzten Woche einigen: Gemeinsam sollten die Kabinetts-Ökonomen beraten, wie die 20 Milliarden Mark zu beschaffen seien, die bis zum Wahljahr 1980 in den Kassen der gesetzlichen Rentenversicherung fehlen. Das Ergebnis der Ministerrunde war, wie Rentenexperten in Bonn kommentierten, „das totale Chaos".

Seit dem Spitzentreff ist in der Rentenfrage der Kanzler mit seinem Arbeitsminister zerstritten, der Arbeitsminister mit seinem Wirtschaftskollegen und der Finanzminister mit allen.

Dabei glaubte Arbeits- und Sozialminister Herbert Ehrenberg, alles gut vorbereitet zu haben. Zwei Tage vor Heiligabend hatte er dem „lieben Helmut" in einem langen Brief ausführlich die